

Dresdner Volkszeitung

1132

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (auch der Frauen- und Jugendbeilage einschließl. Bringen) monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, Erziehung wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1789. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insetats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 238.

Dresden, Dienstag den 13. Oktober 1908.

19. Jahrg.

Verhärtung der Wirtschaftskrise.

110. Die Oktobernummer des Organs der Vereinigten englischen Maschinenbauer bringt erschreckende Mitteilungen über die Verhärtung der Wirtschaftskrise in England. Von der Gewerkschaft der Schiffbauer, 60 631 Mitglieder, waren nach dem letzten Bericht 15 255 = 25,2 Proz. arbeitslos! Zu gleicher Zeit 1907 betrug die Arbeitslosigkeit 9,3 Prozent! Von der Gewerkschaft der Holzarbeiter waren 8,7 Prozent arbeitslos; vorjährig sind es 4,3 Proz. gewesen. Im Baugewerbe zählte die Trade-Union der Zimmerleute 8,9 Prozent arbeitslose Mitglieder gegen 4,6 Proz. im Vorjahre.

Von den Mitgliedern des Maschinenbauerverbandes haben sich 14 228 = 13 1/2 Proz. arbeitslos gemeldet! Nur zweimal hat diese berühmteste Arbeiterorganisation während ihres 57jährigen Bestehens einen noch etwas höheren Arbeitslosenstand zu verzeichnen gehabt. Das erste Mal 1879, wo von den 44 078 Mitgliedern 5879 = 13,3 Proz. arbeitslos waren. Sodann im Jahre 1879, nach dem großen Kampf mit den verbundenen Unternehmern. Damals wurden von 91 944 Mitgliedern 13 612 = 14,8 Proz. arbeitslos, zum bedeutenden Teil infolge Maßregeln und Woykottierung. Das war aber eine ziemlich rasch vorübergehende Erscheinung, denn schon ein halbes Jahr darauf fiel die Arbeitslosigkeit auf 8,1 Proz. und ein Jahr später rapide auf 2,4 Prozent. Das Jahr 1908 dagegen zeigt von Februar an mit 5 Proz. Beschäftigungslosen ein beispiellos starkes Anzeichen der Arbeitslosigkeit, und es ist noch keine Aussicht auf merkliche Besserung vorhanden. Ein Auszeichen tiefgehender Verhärtung der Erwerbsverhältnisse in Großbritannien ist auch, daß im September der Mitgliederbestand des Maschinenbauerverbandes sich wieder verringert hat. Der Verlust beträgt 299 im Vergleich zu August und 1103 gegenüber dem letzten Stand von April. Die Mitgliederzahl ist auf 109 964 zurückgegangen.

Das auch in Deutschland von einer Lebenswindung der Wirtschaftskrise noch keine Rede sein kann, ergeben die meisten Mitteilungen aus der Monarchie. Der in das erste Viertel 1908 anhaltenden Vermehrung der Arbeiter ist im zweiten Viertel ein Stillstand, teilweise schon in Rückgang der Beschäftigten gefolgt. In Oberösterreich verminderte sich die Grubenarbeiterzahl im ersten Quartal d. J. um über 8000 Köpfe; im zweiten Quartal tritt eine Verringerung von rund 17000 ein. In Niederösterreich ist die Zahl der Beschäftigten um 61 gefallen, im Ruhrbezirk, wo das erste Quartal noch eine Vermehrung der Belegschaft von über 28 000 aufwies, sind im zweiten Quartal nur noch 40 Arbeiter mehr gezählt. Mit Rücksicht auf die hier in den letzten Jahren ununterbrochen vor sich gegangene riesige Arbeitervermehrung bedeutet die letzte Ziffer einen relativen Rückgang von außerordentlicher Höhe. Auch die im Saargebiet mehr angelegten 480 Arbeiter lassen eine erhebliche Verschlechterung der Lage im Vergleich zu der früheren Arbeitervermehrung erkennen. Ebenso bleibt die Vermehrung der Braunkohlenarbeiter um rund 2000 Köpfe hinter der des Vorquartals weit zurück. Es kann aber nicht verkannt werden, daß hinsichtlich der Arbeitervermehrung die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau immer noch günstiger wie im Steinkohlenbergbau liegen und weit besser wie im Salzbergbau, denn hier ist eine absolute Verringerung der Arbeiterzahl um 315 Köpfe zu konstatieren.

Am deutlichsten tritt die Verschlechterung der Arbeitererlösnis in Erscheinung in den Lohnzahlen. Auch dort, wo noch im zweiten Quartal d. J. eine Arbeitervermehrung stattgefunden ist, sind die Lohnsummen der Arbeiter gesunken. Gegenüber dem letzten Quartal 1907 sind die Lohnrückgänge der Bergarbeiter ungewöhnlich hoch. Es betrug der Durchschnittslohn eines Grubenarbeiters:

	im IV. Quartal 1907	im II. Quartal 1908
Oberösterreich	254 M.	243 M.
Niederösterreich	255	240
Rudolfsheim	389	364
Saargebiet	304	284
Wurmgebiet (Ruhr)	388	347
Salzbergbau	281	266
Steinkohlenbergbau	300	278
Märkischer Erzbergbau	268	238
Eigentlicher Erzbergbau	321	267

Das sind Lohnrückgänge, die von den Arbeitern bei den hochgebliebenen Lebensmittelpreisen doppelt jähren empfunden werden. Wenn man mit Rücksicht auf den Vergleich von verschiedenen Wirtschaftslagen spricht, dann kann darunter nicht etwa eine geringere Bewertung der Kohle, Holz und Zirkons vorhanden werden, wenigstens insofern das Zustand in Betracht kommt. Die Lohnrückgänge für Kohle, Holz und Zirkons haben heute noch auf dem Geldmarkte einen verhängnisvollen Einfluß. Stark sinkende Arbeitererlösnisse bei gleichzeitiger Hochhaltung der Lebensmittelpreise, das ist jetzt die Situation in den großindustriellen Bezirken Deutschlands.

Die Krise im nahen Osten.

Von unserem Korrespondenten.

J. a. London, 11. Oktober.

Der Schwerpunkt der Balkankrise liegt augenblicklich in London. Der russische Minister des Auswärtigen M. Iswolsky ist nach einer außerordentlich bemerkenswerten Tour gestern abend aus Paris in London angelangt. Von den Beratungen, welche zwischen ihm und dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, heute und an den folgenden Tagen stattfinden werden, hängt es ab, ob England, Frankreich und Rußland zu einer einheitlichen Stellungnahme mit Bezug auf die Balkankrise kommen werden. Kommt ein solches Einverständnis zwischen den drei Staaten zustande, dann ist die allergefährlichste Konsequenz des gegenwärtigen Chaos, nämlich die Aufstellung der orientalischen Frage in ihrem vollen Umfange, nicht zu befürchten. Berläßt aber Iswolsky London, ohne Vereinbarung getroffen zu haben, dann sind die weiteren Folgen der gegenwärtigen Krise gänzlich unabweisbar.

Der Standpunkt Englands, wie er vom Premierminister Asquith und von Sir Edward Grey dargelegt worden ist, ist derjenige, welcher den Interessen des Weltfriedens und weiter den Interessen der internationalen Demokratie am besten entspricht. Er läßt sich in folgende Punkte zerlegen: 1. Die Annexion Bosniens und der Herzegovina und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens dürfen ohne die Zustimmung der Signatarmächte nicht anerkannt werden. 2. Eine eventuelle Konferenz der Mächte muß sich ausschließlich auf diese beiden Fragen beschränken. 3. Die einzige Macht, welche auf „Kompensationen“ Anspruch erheben darf, ist die Türkei. Gelting es, dieses Programm durchzuführen, dann kann die Türkei und ihr konstitutionelles Regime aus dieser schweren Krise noch gestärkt hervorgehen. Westlich jedoch Rußland und Italien auf „Kompensationen“, das heißt auf einen Teil der Beute, dann schwebt die Existenz der Türkei als europäische Macht und der Friede unter den Großmächten in unmittelbarer Gefahr.

Ob aber Rußland dieses Programm rückhaltlos annehmen wird, muß noch immer zumindest als fraglich angesehen werden. Aus dem Wirrwarr der einander widersprechenden Gerüchte scheint sich die Tatsache immer deutlicher heraus zu stellen, daß Rußland und Italien von der Aktion Oesterreichs in der Tat vorher unterrichtet waren und daß sich diese beiden Mächte auch ihre Kompensationen im voraus ausbedungen haben. Ueber die Natur dieser Kompensationen herrscht noch wenig Klarheit, nur so viel scheint sicher zu sein, daß Rußland die Öffnung der Dardanellen für seine Kriegsschiffe beansprucht hat, während die Klärung des Sandstahls von Rodhos durch Oesterreich sowie die eventuelle Verzichtleistung Oesterreichs auf seine im Berliner Vertrage gesicherten Vorrechte an der montenegrinischen Küste ein Einigenkommen an Italien bedeuten soll. Aber selbst wenn dies der Fall sein und sich die Herren Iswolsky und Tittoni zu Kompromissen des Vorans von Vehrenthal gemacht haben sollten, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß Rußland und Italien sich auch wirklich zu Werkzeugen der österreichischen Balkanpolitik machen werden. Bedeutungsvoll in dieser Beziehung sind die, wie es scheint, einstimmigen Versicherungen der russischen Presse, welche die Öffnung der Dardanellen im gegenwärtigen Augenblicke für das flottenlose Rußland für wertlos halten und erklären, daß Rußland seine slavische Erbschaft nicht für ein Unfingerspiel verkaufen dürfe. Der größte Teil der russischen Presse hält das Zusammengehen mit den beiden Westmächten am vorteilhaftesten für Rußland. Und auch die italienische Presse zeigt wenig Reue, die guten Beziehungen Italiens zu den Westmächten für sehr zweifelhafte Vorteile zu opfern.

Der wichtigste Scheiter umhüllt die Haltung Deutschlands, und der Wilhelmstrasse fällt es am allerwenigsten ein, diesen Scheiter zu lästern. Daß die Vorbereitungen in Wien und Budapest vor der deutschen Regierung geheimgehalten worden seien, das findet hier nirgends Glauben. Deutschland wird sogar als der eigentliche Brandstifter angesehen! Man nimmt an, daß der eigentliche Beweggrund Oesterreichs bei der Annexion Bosniens und der Herzegovina und bei der Vorbereitung des bulgarischen Handstreichs der Sturz des konstitutionellen Regimes in der Türkei gewesen ist. Denn aus inneren Gründen hat die absichtliche Herausforderung eines internationalen Feuerbrandes, einzig um der formalen Annexion der tatsächlich schon besessenen und von niemand bestrittenen beiden Provinzen willen, und das noch dazu um den Preis der Klärung des geographisch wie strategisch hochwichtigen Sandstahls von Rodhos, unmöglich zu erklären. Dagegen liegt der Sturz des neuen Regimes in der Türkei im höchsten Interesse der österreichischen und deutschen imperialistischen Pläne.

Eine konstitutionelle Türkei ist gleichbedeutend mit einer starken Türkei, welche in nicht ferner Zeit unbestrittene Herrin im eigenen Hause werden muß. Ein dauerhaftes konstitutionelles Regime in der Türkei muß allen Zukunftssträumen Oesterreichs im Balkan den Garaus machen. Die deutsche Regierung wieder

Die obigen Ausführungen unseres Korrespondenten kennzeichnen die Möglichkeiten, die in England über die deutsche Politik in den Balkanfragen bestehen. Doch kann bei aller Kritik, die der deutschen Diplomatie gebührt und die wir in den letzten Tagen an ihrem Verhalten und wankenden Verbalen gegen die Türkei prüfen haben, nicht verkannt werden, daß nach einem Vernehmen die Berliner Regierung sich zu einem Standpunkt hindurchgearbeitet hat, der der Türkei gegenüber gerecht und nur für sich selbst die Lösung des schwersten Konflikts beizulegen geeignet ist. Wir verweisen auf die letzten Ausführungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

hat in ihrer bekannten Wahlverwandtschaft mit absolutistischen Regimen alle ihre Zukunftspläne auf ihre Bundesfreundschaft mit Abdul Hamid aufgebaut; mit dem Schwanden seiner Macht sind auch die deutschen Pläne zunichte geworden. Ist unter diesen Umständen die Annahme nicht naheliegend, daß Deutschland und Oesterreich das neue Regime in Konstantinopel zu schwächen oder ganz zu stürzen versuchen? Unmittelbare Vorteile hätte Deutschland allerdings nicht zu erwarten, aber es begnügt sich vorläufig mit der Stärkung der Reaktion in Konstantinopel, von der es wohl auch ein Gegengewicht gegen den jetzt in der Türkei überwiegenden Einfluß Englands erhofft hat, oder hat das Ganze nur den Zweck, daß Deutschland im Augenblicke der höchsten Gefahr als rettender Engel in Konstantinopel erscheinen kann?

Auch England hält nicht etwa aus platonischer Liebe für Demokratie und Völkereinheit zu der reformierten Türkei. In der deutsch-österreichischen Presse hat man England den Vorwurf verächtlichen Frontwechsels gemacht, weil es sich ganz plötzlich auf die Seite der Türkei und gegen Bulgarien gewendet hat. Dieser Vorwurf ist ganz ungerechtfertigt, denn die Politik Englands ist durchaus konsistent geblieben. England sucht in der europäischen Türkei keine neuen Besitzungen, und seine ganze Balkanpolitik ist deshalb ganz naturgemäß darauf gerichtet, daß auch die anderen Mächte keine Länder einstreifen. Durch den Absolutismus Abdul Hamids war die Ruhe und der Frieden in Mazedonien beständig gefährdet und damit immer der Vorwand zur Einmischung der Mächte gegeben. Deshalb war England stets zugunsten türkischer Reformen und auf Seiten Bulgariens. Die Stärkung der Türkei durch das neue Regime mußte bald die Intrigen der Mächte vollständig aufhalten; aus diesem Grunde unterstützt England die Jungtürken gegen das feindselnde Bulgarien.

Wenn Rußland heute nicht ganz auf der Seite der Friedensstörer zu finden ist, so ist das auf den Umstand zurückzuführen, daß für Rußland keine endgültige Lösung der orientalischen Frage annehmbar sein kann, welche nicht den russischen Adler in Konstantinopel aufpflanzt. Da aber bei der russischen Machtstellung Rußland diese Lösung gegenwärtig ausgeschlossen ist, so sieht es die Tore der Dardanellen viel lieber noch weiter in den Händen der Türkei, als in denen einer anderen europäischen Macht.

In der gegenwärtigen Lage kann nur die Annahme der englischen Vordränge, mit denen Frankreich allem Anschein nach vollkommen einverstanden ist, eine friedliche Entwicklung im Balkan sichern. In erster Linie darf das verwerfliche Vorgehen Oesterreichs nicht ohne energischen Protest hingenommen werden. Dieses Vorgehen erscheint noch perfider im Lichte einer Entthüllung des Pariser Korrespondenten der Times, der einen zwischen Oesterreich und der Türkei anlässlich der Berliner Konferenz im Jahre 1878 zustande gekommenen geheimen Sondervertrag bekannt gibt, in welchem Oesterreich feierlich versichert, daß es die Okkupation Bosniens und der Herzegovina nur für eine provisorische ansetzt und daß es keinerlei Schritte unternehmen werde, um die Souveränität des Sultans über die beiden Provinzen zu schmälern. Nur nach dem Abschluß dieses Sondervertrages, der auf dem erdigen Wunsch Oesterreichs geheim gehalten wurde, konnten die Vertreter der Türkei dazu bewegen werden, den Berliner Vertrag zu unterfertigen. Wer kann Sir Edward Grey einen Vorwurf machen, wenn er jede Vereinbarung der Mächte über die gegenseitige Einschränkung militärischer Maßnahmen für unbenutzbar erklärt, solange einzelne Mächte feierlich eingegangene internationale Verträge nach Gurdanken hinwegzubrechen können?

Die Einschränkung der Kompetenz einer etwaigen neuen internationalen Konferenz auf die beiden Fragen der Annexion Bosniens und der Herzegovina und der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens scheint der einzige Weg zu sein, um ein internationales Handgemenge zu verhüten. Die Situation würde freilich auch dann noch gefährlich genug bleiben. Die begriffliche Erbitterung zwischen ist auch keine quantitativ ablegbar, wenn man die zahlreichen in großherblichen Ideen großgezogene jerbische Bevölkerung nicht nur Bosniens und der Herzegovina, sondern auch Kroatiens und Sädungarns mit in Betracht zieht. Für Oesterreich und namentlich für Ungarn dürfte sich die Annexion überhaupt als ein Danaergeschenk erweisen. Mit der Forderung, daß keine anderen Mächte irgendwelche Kompensationen auf Kosten der Türkei erhalten dürfen, trifft die englische Regierung den Nagel auf den Kopf. Eine entsprechende finanzielle Kompensation an die Türkei könnte das Ansehen der jugoslawischen Regierung wiederherstellen und den künftigen friedlichen Fortschritt auf dem Balkanbahnsteig sichern.

Die Haltung Deutschlands.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt, offenbar in unmittelbarem Auftrag des Reichskanzlers:

„Deutschland wird sich zur Konferenz nur verstehen können, wenn es sicheres dafür gewonnen hat, daß die Verhandlungen vom Geiste des Wohlwollens gegen die Türkei mit dem Ziele ihrer Stärkung und Kräftigung, unter Vermeidung von Einmischungen des Bereichs auf schwere Proben gehalten. Einmaligen Reiches geleitet werden würden. Wenn eine Macht das Recht hat, sich einem aufständigen Freunde der Türkei zu nennen, so ist es Deutschland. Bevor es sich in der Weltgeschichte der letzten Jahrzehnte zu finden. Und nur auch nur eine oberflächliche Kenntnis der orientalischen Frage hat, der weiß, daß und unter freundschaftlicher Stellung zur Türkei ein genug gerade von dem zum Vorwurf gemacht worden ist, die jetzt die